

STADT-ZEITUNG 02

2023

Info der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Stadtverbandes Düsseldorf

**UNS
STINKT'S !**





Alle Fotos ohne Namensnennung:
© Stadtverband GEW-Düsseldorf

Der Bezugspreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Karikatur im Mittelteil
von Gerhard Mester
mester-kari@gmx.de
Tel. 0611-402603
www.mester-karikaturen.de

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.**

Herausgeber

GEW-Stadtverband Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
Telefon: (0211) 36 39 02
Fax: (0211) 600 91 47
geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de
www.gew-duesseldorf.de
fb: GEWduesseldorf

Geschäftsführerin

Anja Mühlenberg
Geschäftszeiten:
Mo/Mi 9-13
Di 13:30-17:30
Do 13:30-16:30

Redaktion

Dr. Sylvia Burkert
Telefon: (0211) 9 95 98 59
Mobil: 0172 4031950
eMail: dr.burkert@gew-duesseldorf.de

Satz/Layout

kuttner, Beschriftung, Produktion, Design
Sven Kuttner
Sultbertusstraße 95
40223 Düsseldorf
Telefon: (0211) 15 93 98 21
eMail: info@beschriftungen-kuttner.de
www.beschriftungen-kuttner.de

Druck

TIAMAT druck GmbH
Luisestraße 69
40215 Düsseldorf

SCHULPOLITIK IN DÜSSELDORF

- 6** Uns stinkt's. Gelebte Demokratie oder Schmierentheater. Von Ulrike Hund
- 8** Anträge im Schulausschuss

LEHRKRÄFTEMANGEL

- 12** Unterricht Nebensache?
- 13** Mehr Arbeitsbelastung – nicht mit uns
Innenteil zum Herausnehmen!

1.MAI

- 19** Ungebrochen solidarisch

TARIF

- 21** Tarifabschluss TVöD – ein guter Kompromiss

GEDENKEN

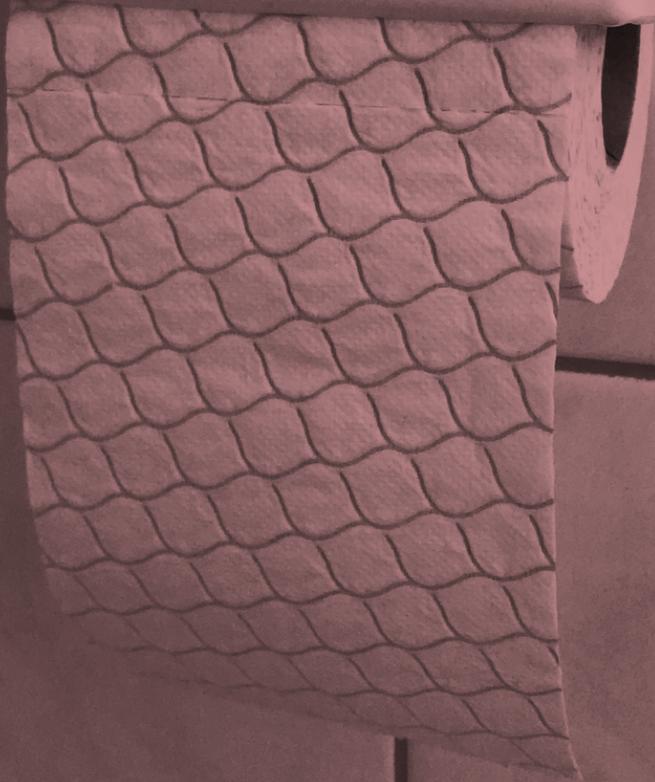
- 22** 2. Mai 1933 – 90. Jahrestag der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser

IN EIGENER SACHE

- 24** Allen anderen voraus – die neuen GEW Kalender
- 25** Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung
- 26** Schöne Ferien und gute Erholung!

ADRESSEN

- 27** Personalrätinnen und Personalräte



ENDLICH EIN SPORTLICHES TOILETTENPROJEKT!!!!

Das hat kurz vor der Drucklegung dieser Ausgabe der Schulausschuss beschlossen.

Wir sind begeistert!

Ab sofort soll die Verwaltung ein zukunftsweisendes Projekt in die Wege leiten: Probeweise werden mit einer Reinigungskraft vor Ort – das ist der Clou- 16 ausgewählte Schulen aus allen 7 Schulformen täglich 2mal gesäubert, 4 davon sind Grundschulen (von 87). Dann wird das Projekt evaluiert. Und dann wird in der August-Sitzung des Schulausschusses der Startschuss für den Herbstmeister des Sauberen – Schultoiletten – Wettbewerbs gegeben? Sportlich? Mitnichten!

Heute haben die Betroffenen vor der Schulausschusssitzung protestiert und klargestellt, was sie vom Schulträger erwarten:

- Kein Projekt, sondern sofortige zweimalige Reinigung an jeder Schule!
- Die Finanzierung für saubere Toiletten ohne Wenn und Aber übernehmen!

Es wurde vorgerechnet, dass die Reinigung an den Schulen z.Z. 2 Millionen Euro jährlich kostet, eine weitere unbedingt erforderliche 2.Reinigung würde nochmal schätzungsweise 1 Million mehr kosten. Aber rechnen wir durch: von den geplanten 700 Millionen Euro für die Oper könnte man jahrhundertlang Schulluxustoiletten säubern lassen ... Scherz beiseite: für uns ist die finanzielle Bereitstellung der Haushaltsmittel eine Frage der Prioritätensetzung und des Respekts vor den Schulgemeinschaften.



Diese finanzielle Verantwortung kann der Schulträger auch nicht als pädagogische Verantwortung uminterpretieren. Wie eine Ratsfrau und Schulleiterin in der heutigen Sitzung hervorhob, haben alle Schulen seit Jahrzehnten Reinigungskonzepte und die Schulen hätten einfach keine Lust auf neue Projekte rund ums Clo, erst recht nicht die Kinder, das haben sie heute mit ihrem Protest eindrucksvoll bewiesen.

Die GEW trägt ihr Scherflein dazu bei und spendiert eine Runde Cloupapier in dieser Ausgabe!

Sylvia Burkert,
Leitungsteam Stadtverband
Düsseldorf, den 23.5.2023

UNS STINKT'S!

Saubere Toiletten – der Dauerbrenner für Schülergenerationen – wurde im Stadtrat neu aufgelegt. Anlass waren die erneuten Klagen aus den Düsseldorfer Schulen. Haben die Stadtmütter und -väter die Verwaltung auf Trab bringen können, so dass die Stadt als Schulträger endlich ihrer Verantwortung gerecht wird? Wir dokumentieren und kommentieren die unendliche Geschichte.

Gelebte Demokratie oder Schmierentheater?

Etwas Besonderes war die Rats-sitzung am 20. April 2023 schon: Immerhin berichtete das Kanadische Fernsehen über den Ratsbeschluss zur Restitution des Gemäldes von W. von Schadow an die Stiftung des verfolgten Galeristen Max Stern. Von Ulrike Hund, Vorstand GEW Düsseldorf

Dass das kanadische Fernseheteam die viereinhalb Stunden der gesamten öffentlichen Sitzung übertrug, ist unwahrscheinlich, aber sicher hätten sich die Zuschauer in Kanada über einige Themen wundern können, teilweise mit hohem Unterhaltungswert! "Aus aktuellem Anlass" und deswegen gleich am Anfang der Sitzung wollte die Ratsgruppe Tierschutz/FREIEMÄHLER wissen, ob und wie die Würmer im Kö-Graben bei Entschlammung desselben vor dem Ableben geschützt werden. Die detaillierten Antworten des zuständigen Dezernenten inklusive Nachfragen "Würmer sind der Stadtverwaltung also egal?" nahmen insgesamt 7

Minuten in Anspruch, dann beendete der Oberbürgermeister den Punkt mit der Feststellung: "Die Stadtverwaltung nimmt den Tod dieser Lebewesen billigend in Kauf!" (Gelächter im Saal) Es folgen einige ernstere TOP und die Abstimmung über die Restitution des Gemäldes, die einstimmig erfolgt.

Kasperle-Theater

Eineinhalb Stunden später entwickelt sich das **Rats-Kasperle-Theater**: Bürger- und Bäckermeister Hinkel übernimmt den Vorsitz (**Der Prinz**) und es wird der Antrag der SPD-Fraktion zur Reinigung der Schultoiletten aufgerufen. Auch die FDP und DIE LINKE tragen Ergänzungsanträge vor.

Der Prinz ruft dem Vertreter der GRÜNEN (**Kasperl**) auf mit den Worten: „Dann bitte ich sie nach vorne zu kommen, uns mit ihrem Redebeitrag zu beglücken.“ Dies gelingt leider nicht, seine etwas wirre Rede gipfelt in dem Antrag, das Thema nicht jetzt im Rat zu behandeln, sondern im Schulausschuss zu diskutieren. „Dort sitzen ja die Spezialisten vor Ort von der Verwaltung.“ (Proteste im Saal)

O-Ton Dr. Graeßner, Schulpolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion Düsseldorf seit 2020 :

„Die sanitären Anlagen an den Schulen sind sehr emotionale Themen. Das ist auch völlig zurecht so emotionale Themen in den Schulen in den Eltern in der in der Gesellschaft werden sie sehr emotional diskutiert und na klar wollen wir saubere Schultoiletten das ist unheimlich wichtig für uns, jedes Kind, jeder Jugendliche soll und darf aufs Klo gehen können und so müssen die Schultoiletten tatsächlich auch aussehen.“

Auftritt **Räuber Hotzenplotz** (Vorsitzender des Schulausschusses): *„Da gehört er (der Antrag) meiner Ansicht nach auch hin.“* Dass mit Krankheit von Kindern argumentiert werde, sei übertrieben *„too much“!* Er endet mit der (scheinheiligen) Frage an die Verwaltung, wie der Zustand der im Antrag erwähnten Grundschule aktuell sei. Der **Prinz** ruft sodann **Petrosilius Zwackelmann** (Stadtdirektor als zuständigen Dezernenten) in die Bütt mit den Worten: *„Rein ins Vergnügen!“*

Dieser hat sich *„im Vorfeld der Sitzung Bildmaterial geben lassen, wie eine Schule nach der Reinigung und vor Unterrichtsbeginn aussieht.“* Er präsentiert mehrere Fotos der sauberen Sanitäranlagen.

Er beschwört: *„Das ist vollkommen in Ordnung, wenn der Standard so um 8.00 Uhr aussieht. Und wenn um 16.00 Uhr die Schulen ganz anders aussehen, da muss man sich fragen, was zwischen 8 und 16 Uhr passiert.“* (Erwartungsvolle Stille im Ratssaal)

Dann zieht der **Zauberer** sein stärkstes Argument aus dem Ärmel: *„Wenn es aber im Regelfall passiert, dass eine Schule in einen Zustand versetzt wird, wo keiner mehr auf die Toilette gehen will, dann geht es hier auch um den **pädagogischen Auftrag** von Schule!“* (Beifallklopfen im Saal!)

Gretel, Liesel und **Seppel** melden sich noch zu Wort, ebenso **Zwerg Nase**, die alle dem **Zauberer** widersprechen, allein, der **Räuber** droht **Seppel** mit Geldstrafe in siebenstelliger Höhe.

Der **Prinz** kommentiert das: *„Beifallstürme gerne!“* und ruft den **Teufel** auf. *„Dieser Antrag ist einfach Unsinn und Blödsinn!“* stellt dieser kurz und knapp fest. Der **Zauberer** habe recht gesprochen. Zu seiner Schulzeit hätten sie die Toiletten unter Aufsicht des Hausmeisters mit Schwamm und Radiergummi von Graffiti eigenständig gereinigt. Das sei zielführend gewesen. Die AfD stimme in jedem Fall dagegen.

Kasperl gefallen die Fotos vom **Zauberer**, er möchte im Schulausschuss weiter diskutieren.

Dann meldet sich die **Hexe** zu Wort und verlangt Auskunft, was denn die zusätzliche Reinigung kosten solle. Sie erhält keine Antwort aber sie droht damit, den Betrag mit dem Zuschuss vom Kirchentag abzugleichen!

Der **Prinz** hat nach 32 Minuten Gerade langsam die Nase voll und ruft den **Seppel** nochmal auf: *„Es gibt noch eine Wortmeldung, so Gott will die letzte!“* Und tatsächlich streckt **Seppel** dem **Räuber** nur kurz die Zunge raus.

Nun wird abgestimmt und **Kasperl** bringt seinen Antrag auf Verschiebung in den Schulausschuss durch.

Anträge in den Schulausschusssitzungen von SPD, die LINKE, Interfraktioneller Antrag, Pressemitteilung GEW Stadtverband

RAT/120/2023

Betrifft: Antrag der SPD-Ratsfraktion: Verbesserung der Hygienestandards in den Sanitäranlagen bzw. Toiletten Düsseldorfer Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, im Namen der SPD-Ratsfraktion bitten wir Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 20. April 2023 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen.

Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt zur Verbesserung der Hygienestandards in den Sanitäranlagen bzw. Toiletten Düsseldorfer Schulen das Reinigungsintervall für die Sanitärbereiche von einmal auf zweimal täglich zu erhöhen. Parallel dazu wird die Verwaltung gebeten, mit den Schulgemeinden (Lehrkräfte, Eltern, Kinder und Jugendliche) Impulse für pädagogische Maßnahmen wie zum Beispiel Kunstaktionen, Wettbewerbe oder Toilettenpaten zur Verbesserung der Sauberkeit zu entwickeln.

Begründung: Schmutzige Toiletten, beschmierte Wände, leere Seifenspenden: Die Sanitäranlagen bleiben an zahlreichen Düsseldorfer Schulen ein Dauerproblem. Die Beschwerden der Eltern Schüler:innen steigen. Es wird berichtet, dass Schüler:innen es sogar vermeiden, die Toiletten zu benutzen und einhalten. Der inzwischen übliche Ganztagsbetrieb der meisten Schulen macht eine Erhöhung der Reinigungsintervalle nötig. Eine Zusatzreinigung nach der zweiten Pause sollte vom Schulverwaltungsamt obligatorisch eingeführt werden. Dafür die Eltern zur Kasse zu bitten, wie jetzt in der St. Rochus-Schule, ist der falsche Weg. Daher wird die Verwaltung aufgefordert, die oben genannten Maßnahmen zu ergreifen, um der neuen Realität des Ganztagsbetriebs in den Schulen Rechnung zu tragen. Weitere Begründung erfolgt ggf. in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen Dr. Sabrina Proschmann Markus Raub

Betrifft: Änderungsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE zur Vorlage RAT/120/2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zur Sitzung des Rates am 20. April 2023 stellt DIE LINKE Ratsfraktion zu TOP Ö 21.3, Vorlagennummer RAT/120/2023, folgenden Änderungsantrag: Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt: Die Erhöhung des Reinigungsintervalls wird durch die Neueinstellung von Reinigungskräften durch die Stadt ermöglicht.

Begründung: Die Stadtverwaltung Düsseldorf legte im Frühjahr 2018 ein Konzept vor, um durch Fremdvergabe ausgelagerte Arbeitsplätze wieder in städtische Beschäftigungsverhältnisse zu überführen. Trotzdem wurden die Ausgaben für externe Reinigungsleistungen für das Haushaltsjahr 2023 um

fast 2,5 Millionen Euro erhöht. DIE LINKE fordert, dass die Rückführung von ausgelagerten Arbeitsplätzen in städtische Beschäftigung fortgesetzt wird. Die beantragten zusätzlichen Reinigungsleistungen an Schulen sollten demgemäß im Rahmen sozial abgesicherter, städtischer Beschäftigung erbracht werden.

Mit freundlichen Grüßen Helmut Born Anja Vorspel

Unsere Pressemitteilung:

750 Mio. für die Oper, aber kein Geld für saubere Schultoiletten! Zur Schulausschusssitzung am 23.5.2023

Die Arbeitsstättenverordnung schreibt im §4 (2) vor, dass „der Arbeitgeber ... dafür zu sorgen (hat), dass Arbeitsstätten den hygienischen Erfordernissen entsprechend gereinigt werden. Verunreinigungen und Ablagerungen, die zu Gefährdung führen können, sind unverzüglich zu beseitigen.“

Für Toilettenreinigung der Schulen gibt es zwar keine allgemeine gesetzliche Regelung wie die Arbeitsstättenverordnung, aber soll ausgerechnet für die Schulen nicht gelten, was sonst an jedem Arbeitsplatz selbstverständlich ist? In der Verantwortung steht der Schulträger: daher fordern wir

- die Stadt Düsseldorf auf, unverzüglich für eine zweite Reinigung der Schultoiletten im Laufe eines Schultages zu sorgen!
- die Parteien im Schulausschuss in seiner Sitzung am 23.5. auf, dem Antrag der SPD und der Linken zuzustimmen, für eine zweite Toilettenreinigung im Laufe eines Schultages zu sorgen und dafür weiteres städtisches Personal zu beschäftigen.

Es kann doch nicht wahr sein, dass 750 Mio. für die Oper locker gemacht werden sollen, und die Toilettenreinigung an den Schulen der Stadt zu teuer ist?

Wir wollen uns die architektonische Glanzleistung der künftigen sanitären Anlagen der Oper bei 750 Mio. Euro gar nicht ausmalen; was wir aber von unseren Kolleginnen und Kollegen wissen, dass die Toiletten an ihren Schulen in einem Zustand sind, der die Gesundheit der Kinder gefährdet! Der Schulalltag wird für Kinder unerträglich, wenn sie einhalten müssen!

Es ist auch gelinde gesagt eine Frechheit und Respektlosigkeit sondergleichen gegenüber dem Lehrpersonal und Beschäftigten an den Schulen, diese dafür verantwortlich zu machen! „Es wundert uns nicht“, so Monika Maraun, Sprecherin der GEW-Fachgruppe Grundschulen, „dass auch für diesen Bereich die Verantwortung mal wieder abgegeben wird!“ Wir weisen das als gewerkschaftliche Vertretung der Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen auf das Schärfste zurück. Wir kennen keine Schule, die nicht schon unzählige Hygienepläne, Toilettendienste und aufwendigste Orga-Pläne für

die Toilettennutzung aufgestellt hat. Voraussetzung dafür, dass diese funktionieren, ist aber eine Reinigung, die den Bedürfnissen angepasst ist; die Toilettengänge an einem Schultag von 8 bis 16 Uhr sind leicht auszurechnen bei 200-300 oder mehr Kindern!

Das stinkt...im wahrsten Sinne des Wortes und besonders uns!
Dr. Sylvia Burkert, Monika Maraun, GEW Stadtverband Düsseldorf

Das Finale: Schulausschussitzung am 23.5.

Der interfraktionelle Antrag wurde ohne die Partei Die Linke, mit den Stimmen der AFD verabschiedet:

CDU-Ratsfraktion
Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
SPD-Ratsfraktion
FDP-Ratsfraktion

17.05.2023

An Ratsherrn Stefan Wiedon
Vorsitzenden des Schulausschusses
Sitzung des Schulausschusses
am 23. Mai 2023

Änderungsantrag der o. g. Ratsfraktionen zum Antrag „Verbesserung der Hygienestandards in den Sanitäranlagen bzw. Toiletten Düsseldorfer Schulen“ (Vorlage: RAT/120/2023)

Sehr geehrter Herr Wiedon,
wir bitten Sie, folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung zu setzen und abstimmen zu lassen.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Schulgemeinschaft

- das bestehende Konzept zur Schulreinigung in der Frage der Reinigung der Sanitäranlagen zu einem hygiene-pädagogischen Konzept

weiterzuentwickeln und dieses im Herbst 2023 im Ausschuss vorzustellen.

- je zwei Pilotschulen der sieben in Düsseldorf bestehenden Schulformen auszuwählen und in diesen 14 Schulen zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2023/24 (1. Februar 2024) testweise auf das Modell der (Bei einer Tagesreinigung sind Reinigungskräfte im laufenden Schulbetrieb vor Ort. Sie sind ansprechbar, können bei Bedarf situationsbedingt tätig werden und sorgen so für eine bessere Qualität der Reinigung.) umzustellen und hierfür Haushaltsmittel für 2024 einzuplanen. Eine Evaluation der testweisen Reinigungsumstellung und eine Handlungsempfehlung sind dem Ausschuss im Herbst 2024 vorzulegen.
- kurzfristig Maßnahmen zur Geruchsneutralisierung in besonders betroffenen Schultoiletten einzuleiten. Die Verwaltung wird gebeten, die anzustrebende Eigenreinigungsquote von mindestens 50 Prozent zeitnah durch entsprechende Akquise-Maßnahmen zu unterstützen und den Ausschuss jährlich über die Ergebnisse zu informieren.



Fotos von der Protestaktion vor der Schulausschusssitzung mit Kindern, Eltern, Lehrern und Betreuern der KGS Paulusstraße, GGS Knittkuhl und der Hulda-Pankok-Gesamtschule



UNTERRICHT NEBENSACHE?

Eine Studie der Telekomstiftung macht das riesige Ausmaß der Arbeit deutlich, die Lehrkräfte jenseits des Unterrichts täglich zu erbringen haben. Sie beziffern die geleisteten Stunden auf im Schnitt rund 50 Stunden pro Woche und schlagen ein anderes Arbeitszeitmodell jenseits der Deputatsmodells vor.

In der umfassenden Studie (hier im Link nur die Zusammenfassung) wird auch oft die GEW zitiert. Die Forscher folgern: „Das deutsche Pflichtstundenmodell ist ineffizient, ungerecht, unflexibel und fördert Mehrarbeit und Überlastung.“

Die GEW nennt das eine „treffende Analyse“, merkt aber an: „Es reicht nicht, die Verantwortung für die Arbeitszeit der Lehrkräfte an die Einzelschule zu delegieren, ohne zusätzliche Ressourcen ins System Schule zu geben. So wird der Schwarze Peter nur nach unten verschoben. Das führt zwangsläufig zu Mangelverwaltung und Unzufriedenheit der Lehrkräfte“, betone der GEW-Tarifexperte Merbitz. Genau an dieser Frage seien in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren alle Modellversuche mit alternativen Arbeitszeitmodellen gescheitert.

Die Studie unterstreicht das, was die GEW NRW seit vielen Jahren immer wieder deutlich macht: Die Belastung von Lehrkräften ist viel zu hoch – und leider ist der Unterricht viel zu häufig „Nebensache“. Es braucht Entlastungen aller Orten – und eben auch, dass Politik ehrlich dem Ausmaß der Überstunden und Mehrarbeit ins Gesicht sieht.

Hier einige Ergebnisse, die Zusammenfassung der Studie: <https://t1p.de/u4sme>

Vier Kritikpunkte am Deputatsmodell

Das vorherrschende deutsche Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte bringt im Wesentlichen vier Probleme mit sich. Aus Sicht seiner Kritiker ist das Deputatsmodell ...

... tendenziell **überlastend**: Im unbestimmten Bereich der Arbeitszeit außerhalb des Unterrichtsdeputats fallen viele, teils dringliche Aufgaben an, die laut aktueller Studienlage zu durchschnittlich gut drei unbezahlten Überstunden die Woche pro Lehrkraft führen. Das entspricht umgerechnet circa 24.500 Vollzeitstellen im Jahr. Mehrarbeit wird aber nur bei den Unterrichtsstunden erfasst.

... **ineffizient**: Durch die fehlende Aufgabenabgrenzung übernehmen Lehrkräfte schulische Tätigkeiten, die auch andere Professionen erledigen könnten, anstatt sich stärker auf ihre eigentlichen Aufgaben, insbesondere das Unterrichten, zu fokussieren. Durch Ermäßigungsstunden unterrichteten vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Jahr 2021/2022 im Schnitt tatsächlich 21 Wochenstunden.

... **ungerecht**: Die einheitlichen Deputatsstunden tragen nicht der Tatsache Rechnung, dass der Arbeitsaufwand je Unterrichtsstunde eher vom Fach und von der Schulstufe abhängt. Vor und Nachbereitung sowie Korrekturarbeiten können sehr unterschiedlich aufwändig ausfallen. Studien belegen, dass die tatsächlichen Arbeitszeiten je nach Schulart,- stufe und Fächerkombination bis zu 25 Prozent untereinander variieren.

... **unflexibel**: Das tradierte Modell ignoriert nicht nur die Unterschiedlichkeit der Fächer und ihre jeweilige Arbeitslast. Die starre Zuweisung von Deputatsstunden verhindert etwa auch eine Anpassung der Zeitbudgets an die Bedarfe der Einzelschule. Zudem ist es unflexibel gegenüber neuen Aufgaben und Anforderungen, die so, unabhängig von Pflichtstunden, nur immer noch in den unbestimmten Teil der Arbeitszeit hineingepackt werden.

Weiter auf Seite 17

MEHR ARBEITSBELASTUNG – NICHT MIT UNS!

Du liebst Deinen Job in der Schule, aber der Akku ist leer? Du federst unbesetzte Lehrkräftestellen ab und der Druck steigt? Schnelle und spürbare Entlastungen müssen her! Die Politik will den Lehrkräftemangel jetzt aber mit größeren Klassen, begrenzter Teilzeit und Mehrarbeit bekämpfen - nicht mit uns! Wir – die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW) – machen uns für Dich und Deine Kolleg*innen stark

Die Politik muss handeln - unsere Forderungen für Deine Entlastung

Lehrkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten

In den letzten Jahren mussten Lehrkräfte immer mehr nicht-pädagogische Aufgaben übernehmen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass sich Lehrkräfte wieder auf ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag fokussieren können. IT-Fachkräfte, Verwaltungsassistent*innen und Co. müssen Lehrer*innen von fachfremder Arbeit entlasten.

Anrechnungstunden erhöhen

Die vielfältigen Aufgaben der Kollegien machen es notwendig, dass die Anrechnungstunden an den Schulen erhöht werden. An Grund- und Förderschulen ist eine Anhebung auf das Niveau der Sekundarstufe I sinnvoll. Zudem fordern wir die Politik auf, die Bedarfe entsprechend der realen Mehrbelastung anzupassen. Das muss für Mitglieder des Lehrerrats, Ansprechpersonen für Gleichstellungsfragen und die Betreuungslehrkräfte von OBAS und PE gelten.

Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams stärken

Schulsozialarbeiter*innen und multiprofessionelle Teams bereichern den Schulalltag und übernehmen wichtige pädagogische Aufgaben jenseits der Unterrichtstätigkeit. An den Schulen in NRW braucht es neben Fachkräften in multiprofessionellen Teams, die nicht auf Lehrer*innenstellen eingestellt werden dürfen, auch mehr Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und Co., um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schüler*innen gerecht zu werden. Das führt auch zu mehr Entlastung für alle Beschäftigten. Ein bedarfsgerechter Personalschlüssel ist unentbehrlich: Wir fordern ein*e Schulsozialarbeiter*in auf maximal 150 Schüler*innen. An Schulen mit einer hohen Schüler*innenzahl muss die Regierung somit mehr als eine Stelle für die Schulsozialarbeit schaffen. Ebenso braucht es einheitliche Qualitätsstandards, auf die sich Land, Kommunen, weitere Träger und Gewerkschaften einigen müssen.

Leitungsstunden erhöhen

Die Aufgaben von Schulleitungen haben in den letzten Jahren zugenommen. Das aktive Schulmanagement und die Schulentwicklung sind mittlerweile zentrale Aufgaben von Schulleiter*innen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind zusätzlich zeitliche Ressourcen notwendig.

Klassenarbeiten reduzieren

Neben der Reduzierung einer Klassenarbeit in der Jahrgangsstufe 10, die durch die zentralen Prüfungen ersetzt wird, fordern wir, dass auch in den anderen Jahrgangstufen die Anzahl der Klassenarbeiten reduziert werden. Das entlastet nicht nur die Lehrkräfte. Auch die Schüler*innen profitieren, da sie sich intensiver den Lerninhalten widmen können und nicht nur von Prüfung zu Prüfung lernen.

Lehrpläne überprüfen und anpassen

In den letzten Jahren sind immer weitere Inhalte in die Lehrpläne aufgenommen worden, ohne dass Inhalte gestrichen wurden. Deshalb ist eine kritische Überprüfung der Lehrpläne und eine Priorisierung überfällig. Die Lehrpläne müssen an die aktuellen Erfordernisse und Bedarfe angepasst werden.

Mittelteil zum heraustrennen

Vorschläge zur kurzfristigen Behebung



Ernst-Herbert S., Malergeselle
Fach: Kunst



Hella S., Ukulele-Kreis Wiesbaden
Fach: Musik



Tim K., Besitzer v. Chemie-/Physikbaukästen
Fächer: Chemie, Physik



Hedwig T., Frauenunion Roth
Fach: PoWi

ng des Lehrermangels in Deutschland:



Mustafa Ö., Tiefbauarbeiter
Fach: Erdkunde



Polly A., AuPair aus Sheffield
Fach: Englisch



Adi W., Platzwart SpVgg Bruch-Niederkail
Fach: Sport



*Meyer
2018*

Olga P., Kassiererin, Lidl
Fach: Mathe

Anzahl von Lehrer*innenkonferenzen reduzieren

Lehrkräfte brauchen jetzt Entlastungen und Zeitressourcen für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Die Lehrer*innenkonferenzen kosten viel Zeit und könnten auf das notwendige Maß reduziert werden. Die Politik kann die Anzahl der Konferenzen schnell und einfach reduzieren und so Lehrkräfte entlasten. Warum noch warten?!

Studienplatzkapazitäten ausbauen, Studienbedingungen verbessern

Wer langfristig gegen die hohe Belastung im Schulsystem ankommen will, muss für zusätzliche Lehrkräfte sorgen. Deshalb ist die Erhöhung der Studienplatzkapazitäten sowie der Ausbau der Beratungs- und Betreuungsinfrastruktur dringend notwendig. Die qualitative Verbesserung der Studienbedingungen ist ein Muss, um Studienabbrüche zu vermeiden. Gerade jetzt muss es darum gehen, jede*n zu halten, der oder die sich auf den Weg gemacht hat.

Praxissemester anders gestalten

Lehramtsstudierende arbeiten im Praxissemester ohne Bezahlung. Zeit für einen Nebenjob – Fehlanzeige. So entstehen unnötige finanzielle Belastungen. Wir fordern eine angemessene Vergütung. Auch müssen die Studierenden teilweise lange Wege auf sich nehmen, um zu ihrem Praktikumsplatz zu kommen. Für attraktive Rahmenbedingungen ist die wohnortsnahe Verteilung der Praxissemesterstudierenden eine wichtige Stellschraube. Wir fordern landesweit einheitliche Standards und vergleichbare Anforderungen.

Referendariat und Berufseinstiegsphase verbessern

Um den Ausbildungscharakter des Referendariats zu stärken, braucht es Unterricht unter Anleitung. Die Ausbildung darf nicht der Bedarfsdeckung untergeordnet werden. Beim Übergang vom Referendariat in die Berufseinstiegsphase nehmen Abgänge zu. Deshalb fordern wir die Politik auf, die Pflichtstunden zu reduzieren, damit gerade der Praxischock des Berufsalltags in dieser Phase abgefedert werden kann. Zusätzlich sollten Supervisions- und Mentoringangebote für alle neu eingestellten Lehrkräfte ermöglicht werden.

Mehr Möglichkeiten des Seiteneinstiegs schaffen

Ohne Seiteneinsteiger*innen wäre der Lehrkräftemangel noch viel dramatischer – ohne einen qualitativen Seiteneinstieg wird es auch in den nächsten Jahren nicht ausreichend Lehrkräfte an den Schulen geben. Deshalb braucht es mehr Möglichkeiten des Seiteneinstiegs in alle Schulformen und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen. Um die Seiteneinsteiger*innen in Ausbildung zu betreuen, müssen die Schulen zusätzlich entlastet werden. Außerdem müssen für Seiteneinsteiger*innen mehr Unterrichtshospitationen möglich werden.

Alle Beschäftigten im System Schule fair bezahlen

Von der A13-Besoldungsreform profitieren längst nicht alle Beschäftigten im System Schule. Doch für uns ist klar: Alle pädagogischen Beschäftigten leisten eine unverzichtbare Arbeit. Wir machen uns also auch für eine faire Bezahlung des weiteren pädagogischen Schulpersonals stark.

Zum Hintergrund:

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz hat im Januar ihre Vorschläge zum Umgang mit dem Lehrkräftemangel vorgestellt. Die Empfehlungen sehen beispielweise den Abbau von Altersermäßigungen, die Begrenzung von Teilzeitmöglichkeiten und die Erhöhung der Klassenfrequenzen vor. Auch das Schulministerium will den Lehrkräftemangel bekämpfen. Die dienstrechtlichen Maßnahmen, die das Schulministerium im „Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung“ festgeschrieben hat, sehen die Ablehnung der voraussetzungslosen Teilzeit und das Hinausschieben des Antragsruhestands bis zum jeweiligen Jahresende vor. Wir machen deutlich: **Nicht mit uns!**

Fortsetzung der Studie von Seite 12

Fazit und Handlungsempfehlungen

Das in Deutschland übliche Deputatsmodell der Lehrkräftearbeitszeit ist ungerecht, unflexibel, ineffizient und fördert ungesehene Mehrarbeit und Belastung.

International steht Deutschland mit diesem System allein da. Wie die Studie am Beispiel von Österreich, Dänemark, Japan, Spanien, der Schweiz und den USA zeigt, arbeiten die meisten Länder mit Mischformen, die etwa Unterrichts sowie Gesamtarbeitszeit klar vorgeben. Im OECD Vergleich ist die Arbeitszeit deutscher Lehrkräfte berdurchschnittlich hoch, der Unterrichtsanteil dagegen bis zu 13 Prozentpunkte geringer als der internationale Durchschnitt. In der Sekundarstufe 1 beträgt der Anteil in Deutschland 36 Prozent gegenüber 46 Prozent im OECD Durchschnitt; in der Sekundarstufe 2 sind es 34 versus 44 Prozent, in der Grundschule 38 gegenüber 51 Prozent.

Kurzum: Die deutschen Schulen sollten dringend ein neues Zuweisungsmodell bekommen, empfiehlt Mark Rackles in seiner Expertise.

So schildern unsere Personalräte die Belastung vor Ort:

In Düsseldorf gibt es keine Grundschule, die nicht mit der Personalnot zu kämpfen hat. Kolleginnen und Kollegen überlegen den Ein- oder gar Ausstieg und sind vermehrt im Krankenstand, weil sie die ständig ansteigende Fülle der pädagogischen und im Schlepptau verwaltungstechnischen Aufgaben mit immer weniger Lehrkräften nicht mehr leisten können, on top die Anforderungen der Digitalisierung. Der schwerwiegendste Folgeschaden ist für uns als Gewerkschaft, dass die Bildungsgerechtigkeit auf der Strecke bleibt: auch nach den letzten weltweiten Studien hängt nirgendwo in vergleichbaren Ländern der Bildungserfolg vom Einkommen der Eltern so stark ab wie bei uns. Der Schulscharfe Sozialindex, den die Landesregierung u.a. deswegen eingeführt hat, wird nicht ausreichend umgesetzt!

Die Belastung der Lehrer:innen ist heute definitiv größer als vor 20 oder 30 Jahren, eine Folge des Lehrermangels. Es ist ja wohl kein Kunststück, die Schüler-Lehrer-Relation entsprechend der Geburtenentwicklung hochzurechnen. Auch in Düsseldorf steigen wie überall die Schülerzahlen. Düsseldorf hat zwar schon lange ein ehrgeiziges Schulneubauprogramm aufgelegt, aber es hapert an vielen Schulen mit den zusätzlich benötigten Räumlichkeiten (Umsetzung von Förderprogrammen, die OGS, die Integration der Kinder der Geflüchteten u.v.m.). Kleinere Klassen sind das A und O, um die Belastung der Lehrkräfte zu reduzieren und dazu braucht es mehr Räume – und Lehrkräfte!

Das Land reagiert mit völlig unzureichenden und unzulänglichen Maßnahmen! Note 5 minus! Um nur ein Beispiel herauszugreifen: die kontraproduktive Wirkung der Verweigerung der Teilzeit für Nicht-Väter/ Nicht-Mütter unter den Lehrkräften. Wir kennen Stimmen gerade von jungen Lehrkräften, die uns sagen: entweder Teilzeit oder ich steige aus bzw. fange nach meiner Seminausbildung erst mal nicht an!



GEW
Erziehung und Wissenschaft
Die Bildungsgewerkschaft
Stadtverband Düsseldorf

GEW Gewerkschaft
Erzmay und Wissenschaft

So funktionieren Tarifverhandlungen

Informational materials on a table, including brochures and a large sheet titled "So funktionieren Tarifverhandlungen".

UNGEBROCHEN SOLIDARISCH

65.000 Teilnehmer*innen bei Veranstaltungen zum Tag der Arbeit in NRW.

Unter dem Motto **UNGEBROCHEN SOLIDARISCH** haben in Nordrhein-Westfalen rund 65.000 Menschen an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB zum Tag der Arbeit teilgenommen. Damit lag die Teilnehmer*innenzahl deutlich höher als im Vorjahr (45.000). Insgesamt fanden 56 Veranstaltungen des DGB zum 1. Mai in Nordrhein-Westfalen statt. An mehreren Orten waren prominente Redner*innen aus der Politik zu Gast, um die Botschaften der Gewerkschaften entgegenzunehmen und mit ihnen zu diskutieren... „*Wir brauchen Zukunftsgestaltung – nicht Mangelverwaltung*“, forderte Anja Weber von Hendrik Wüst auf der landeszentralen Veranstaltung in Duisburg. Es sei wichtig, dass die Krisenlasten nicht einseitig auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen abgeladen werden, so Weber weiter. „*Wenn sich die Krisen zuspitzen, die Reichen immer reicher werden und die soziale Spaltung wächst, dann brauchen wir ein gerechteres Steuersystem. Die starken*

Schultern können mehr tragen. Wir müssen reden über die Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und auch über eine einmalige Vermögensabgabe.“

Die Mai-Rednerin Gabriele Schmidt in Düsseldorf, ver.di-Landesbezirksleiterin in Nordrhein-Westfalen, forderte in ihrer kämpferischen Ansprache eine Vermögens-Abgabe der Reichen, um all die Lasten der öffentlichen Hand finanzieren zu können.

Die Forderungen unseres Stadtverbandes angesichts des katastrophalen Lehrkräftemangels hat Sigrid Wolf in ihrer Begrüßungsrede zum 1. Mai extra hervorgehoben: bessere Arbeitsbedingungen wie eine Senkung der Arbeitszeit, kleinere Klassen, mehr Ausgleichsstunden, einen besseren Gesundheitsschutz und Unterstützungssysteme wie Team-Coaching und Supervision.

Für Düsseldorf wäre es wichtig, dass wieder Lehramtsstudiengänge an der HHU eingerichtet würden.



Unser Arbeitskreis Prekär informierte über die ausgebliebenen Honorarerhöhungen der freien VHS-Dozent*innen: der Stadtrat mit seiner grün-schwarzen Mehrheit hat sie erst mal eingefroren – kein Geld im Stadtsäckel für die Weiterbildung! Man wolle erst die Tarifabschlüsse abwarten, so die Begründung von Miriam Koch, der verantwortlichen Kulturdezernentin.

„Laut Branchenreport Weiterbildung (von 2018) sind Lehrende in dieser Branche bundesweit nur zu 28% in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. **Schlechter sieht es in keine anderen Branche Deutschlands aus.** Knapp 60% der Beschäftigten arbeitet in prekär bezahlten Honorarverträgen. Die Vor- und Nachbereitungszeiten werden in den Honorarsätzen nicht berücksichtigt. Deshalb gibt es keine. Wer es trotzdem macht, leistet diese Arbeit ehrenamtlich. Hinzu kommen massiv gestiegene Lebenshaltungskosten, welche sich in den Honorarsätzen nicht widerspiegeln. In der Erwachsenen- und Weiterbildung arbeiten, was wenig bekannt ist, bundesweit ca. 600.000 Kolleg*innen, etwa genauso viel wie in der schulischen Bildung. Sie hat aber in der Politik keine Lobby, weil

auch der größte Teil ihrer Zielgruppe, Arbeitslose, Bildungsbenachteiligte und Eingewanderte keine Lobby hat.“ (Aus der Mai-Rede der Hamburger Fachgruppe Erwachsenenbildung, ausführlich hier: <https://t1p.de/1l4bd>)

Wie heißt es im zentralen Maiaufruf des DGB so schön:

*„Gute, existenzsichernde Löhne und faire Arbeitsbedingungen gibt es nur mit **Tarifverträgen.** Sie sind der Schlüssel für einen fairen Wandel und bieten den besten Schutz vor Krisen. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung einen Aktionsplan zur Steigerung der Tarifbindung auf mindestens 80 Prozent.“*

Davon ist auch Düsseldorf im Weiterbildungsbereich meilenweit entfernt!

Kontakt zum Arbeitskreis für Honorarkräfte der GEW Düsseldorf
Arbeitskreis für Honorarkräfte
Telefon: +49 211 363902
E-Mail: prekaer@gew-duesseldorf.de



TARIFABSCHLUSS TVÖD – EIN GUTER KOMPROMISS

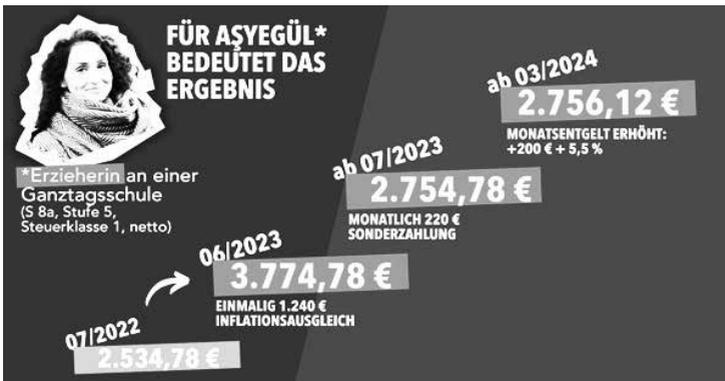
Auf Grundlage der Schlichtungsempfehlung haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber im TVÖD-Tarifkampf auf ein Ergebnis geeinigt und eine spürbare Gehaltserhöhung erkämpft.

- Juni 2023: einmalig 1.240 Euro Inflationsausgleich, steuer- und abgabenfrei
- Juli 2023 bis Februar 2024: monatliche Sonderzahlungen in Höhe von 220 Euro, steuer- und abgabenfrei
- Ab März 2024: Erhöhung der Tabellenwerte um 200 Euro Sockelbetrag plus weitere 5,5 Prozent. Ist diese Erhöhung geringer als 340 Euro, wird der individuelle Betrag auf 340 Euro angehoben.
Die Laufzeit beträgt 24 Monate

„Es ist klar, dass Einmalzahlungen nicht tabellenwirksam sind und perspektivisch auch nicht Bestandteil von Tarifauseinandersetzungen sein sollten. Doch die Inflationsprämie sorgt für eine sofortige finanzielle Entlastung der Beschäftigten bei Bund und Kommunen. Auch haben wir die tabellenwirksame und somit spürbare Erhöhung der Gehälter erkämpft- mit dem Tarifabschluss erhalten unsere Kolleg*innen im Sozial- und Erziehungsdienst deutlich mehr Geld“, erklärte die Vorsitzende der GEW,

Ayla Celik und betont weiter: „Das Ergebnis baut auf den unverzichtbaren Einsatz, Aktionen und Streiks der Beschäftigten auf.“

Viele fragen sich jetzt sicher auch: Was bedeutet der Abschluss für mich? Wir haben den Abschluss in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen exemplarisch durchgerechnet. Beispiele findet ihr auf der Website des Hauptvorstandes der GEW: <https://t1p.de/ietf6>



2. MAI 1933

DGB erinnert an den 90. Jahrestag der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser

Der DGB-Düsseldorf erinnerte an den 90. Jahrestag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933. „Das 1907-1909 erbaute ‚Volkshaus‘ war der Mittelpunkt der Düsseldorfer Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Am 2. Mai 1933 wurde es zum Angriffsziel des Sturms auf die Gewerkschaftshäuser. Viele Düsseldorfer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter überlebten die Verfolgung durch die Nationalsozialisten nicht. Ihrer zu gedenken und die heutige Demokratie zu verteidigen – das ist unsere Verantwortung“, so Sigrid Wolf, DGB-Vorsitzende Düsseldorf.

Es wurde eine neue Mahntafel in der Flingerstraße 11 enthüllt (s. gegenüberliegende Seite), die an die Opfer der Nazis erinnert. Im Anschluss fand eine Gedenkstunde in der Mahn- und Gedenkstätte, Mühlenstr. 29, 40213 Düsseldorf statt. Der Leiter, Dr. Fleermann, erinnerte dabei aber auch daran, dass



die DüsseldorferInnen wegschauten, als in allen Stadtteilen, insbesondere in den Arbeitervierteln, die mörderischen Nazi-Banden gegen den Arbeiterwiderstand aus den Reihen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften vorgingen. In seinem historischen Rückblick verwies er auf die **Sonderausstellung „1933 – Ein Jahr der Veränderung in Düsseldorf“**, die vom 31. Mai bis Ende September 2023 in der Mahn- und Gedenkstätte zu sehen sein wird. Zwölf Ereignisse und Grundthemen zeigen, dass die Stadt mit einer starken demokratischen Tradition und dem Ruf als kultivierte Kunst- und Gartenstadt innerhalb kürzester Zeit in ein nationalsozialistisches Machtzentrum verwandelt wurde und welche Schritte dafür nötig waren. Dr. Fleermann betonte: **„Nichts davon geschah in Hinterzimmern oder im Geheimen. Es war alles öffentlich und sichtbar.“**

Das Volkshaus an der Flingerstraße um 1922 war Sitz der damaligen Gewerkschaftsbewegung.



MITTEL PUNKT DER DÜSSELDORFER GEWERKSCHAFTS- UND ARBEITERBEWEGUNG

Düsseldorfer Nationalsozialisten erstürmten am Morgen des 2. Mai 1933 gewaltsam die Büros des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB (Bezirk Rheinland und Westfalen-Lippe) im „Volkshaus“ an der Flinger Straße. Sie verwüsteten die Sekretariate und Büros der verschiedenen Gewerkschaften und „beschlagnahmten“ Unterlagen und Geld. Der Bezirksleiter des ADGB, Hans Böckler (1875–1951), wurde von SA-Männern inhaftiert, weitere Mitarbeiter wurden verhört und misshandelt. Auf dem naheliegenden Marktplatz vor dem Rathaus verbrannten die Nationalsozialisten Fahnen, Bücher und Broschüren der Gewerkschaften.

Das 1907 bis 1909 nach Plänen von Carl Moritz erbaute „Volkshaus“ war bis zur Erstürmung im Mai 1933 der Mittelpunkt der Düsseldorfer Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung gewesen.

Hier hatte auch die Druckerei der SPD-nahen „Volkszeitung“ ihren Sitz. Im Volkshaus wurden Bildungsveranstaltungen, Diskussionen und Parteiversammlungen abgehalten. Ebenso verfügte das Haus über eine Unterkunft für Handwerksgejellen und eine Gaststätte.

1933 wurden sämtliche Düsseldorfer Gewerkschaften unter Zwang aufgelöst und das Volkshaus von den neuen Machthabern „beschlagnahmt“. Viele Düsseldorfer Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschafter überlebten die Verfolgung durch die Nationalsozialisten nicht. Ihn zu gedenken und die heutige Demokratie zu verteidigen – das ist unsere Verantwortung.

Im Gedenken an die verfolgten und ermordeten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter 1933–1945.



ALLEN ANDEREN VORAUS

ins nächste Schuljahr mit unseren GEW-Kalendern 2023/2024

Der GEW-Lehrerkalender im handlichen DIN A6-Taschenformat begleitet Euch übersichtlich und zuverlässig mit Kalendarium, selbst zu verwaltenden Stundenplänen, Konferenzübersichten und Notenlisten

Außer den Taschenkalendern sind auch noch Tischkalender und Wandplaner vorhanden, so lange der Vorrat reicht. Setzt euch mit der Geschäftsstelle in Verbindung, wenn ihr Bedarf habt.



**Für Mitglieder kostenfrei,
für Nichtmitglieder
Taschenkalender: EUR 3,40
Tischkalender: EUR 3,00
Wandplaner: EUR 1,30**

LEITLINIEN

**für eine innovative
Lehrer_innenbildung
Neu in der Geschäftsstelle!
„Wer zurecht über gute Bildung
redet, darf aber über die Qualität der
Aus-, Fort- und Weiterbildung der
Pädagoginnen und Pädagogen nicht
schweigen“**

so Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der GEW, verantwortlich für Hochschule und Forschung, in seiner Einleitung. Ihr findet in der Broschüre alles über die Dauerbaustelle Lehrer_innenbildung, z.B. über die Besonderheiten der Phasen Studium und Vorbereitungsdienst, aber auch über den Seiteneinstieg an allgemeinen und berufsbildenden Schulen!

Gerade angesichts des dramatischen Lehrermangels darf eine qualitativ hochwertige Lehrer_innenausbildung nicht unter Druck geraten.



Und eines ist klar: „Die GEW-Anforderungen an einen innovativen Vorbereitungsdienst sind eine klare Absage an den missbräuchlichen Einsatz des eigenverantwortlichen Unterrichts ...im Vorbereitungsdienst ...zur Bedarfsdeckung“ (a.a.O. S.8).

DER DIREKTE DRAHT

Rechtsberatung vor Ort

Kontakt: Anne Rödel

Telefon: +49 2131 737756

E-Mail: anne.roedel@gew-nrw.de

Eine unfaire dienstliche Beurteilung, falsche Eingruppierung oder sogar Kündigung? Als GEW-Mitglied genießt du umfassenden Rechtsschutz in allen beruflichen Angelegenheiten, wenn nötig bis in die letzte Instanz.

Wenn du Beratung benötigst, ist die erste Maßnahme ein Kontakt mit deinem zuständigen Personalrat. Die GEW-Personalratsmitglieder stehen mit Rat und Tat in allen dienstlichen Belangen zur Verfügung, sei es telefonisch, per Mail oder auch in einem persönlichen Gespräch.

Wenn darüber hinaus eine rechtliche Einschätzung oder eine Rechtsberatung nötig ist, ist unsere Rechtsschutzobfrau Anne Rödel die Ansprechpartnerin für GEW-Mitglieder. Ihre Qualifikation beruht auf langjähriger Personalrat-

stätigkeit und Fortbildungen zu rechtlichen Aspekten, sie berät und kann einschätzen, ob ein Fall für den GEW-Rechtsschutz vorliegt.

Alle GEW-Mitglieder können den Rechtsschutz nutzen.

Mitglied werden !



SCHÖNE FERIEEN, GUTE ERHOLUNG!

wünschen
Sylvia Burkert, Gabriella Lorusso,
Leitungsteam
und
Anja Mühlenberg,
Geschäftsführerin

PERSONALRÄTINNEN UND PERSONALRÄTE

Örtlicher Personalrat Grundschule

Büro

Blumenthalstr. 11, 40476 (Derendorf)

+49 211 8924687

Sprechzeiten per Mail oder telefonisch erfragen!

monika.maraun@duesseldorf.de

Monika Maraun

KGS Paulusschule

+49 172 2149755 • moni.maraun@web.de

Holger Thrien

GGs Gerhard-Tersteegen-Schule, Beckbuschstr.

+49 2102 717772 • holger.thrien@gew-nrw.de

Ines Loßner

GGs Theodor-Heuss, Lützenkircher Str.

+49 157 58476785 • ines.lossner@gew-nrw.de

Maria Varriale

KGS Thomas-Schule, Blumenthalstr.

+49 1590 3024121 • varriale@gmx.de

Astrid Zörner

KGS Fleher Straße

+49 178 8633716 • astrid.zoerner@gew-nrw.de

Catharina Wolff

KGS Paulusschule

+49 211 667608 • catharina.wolff@schule.duesseldorf.de

Ulrich Gosebruch

GGs Knittkuhl

+49 1759497300 • ulrichgosebruch@web.de

Sandro Monachello

KGS Christophorus-Schule, Werstener Friedhofstr.

+49 211 2495943 • sandro.monachello@gew-nrw.de

Andrea Gellert

GGs Knittkuhl

ZfsL Düsseldorf

+49 1577 3897456 • andrea.gellert@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Hauptschule

Patricia Ollesch

Städt. Gemeinschaftshauptschule Bernburger Str.

+49 211 346882 • pollesch@gmx.de

Bezirkspersonalrat Realschule

Andreas Dietrich (BPR)

Städt. Realschule Golzheim

+49 645 27631 • andreasdietrich86@web.de

Bezirkspersonalrat

Gymnasium & Weiterbildungskolleg

Hanna Tuszyński

Städtisches Gymnasium Gerresheim, Düsseldorf

+49 211 87525881 • hanna.tuszyński@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Gesamtschule

Gabriella Lorusso

Städtische Gesamtschule Stettiner Str., Düsseldorf

+49 173 2744416 • gabriella.lorusso@gew-nrw.de

Regina Köhler

Städtische Gesamtschule Stettiner Str., Düsseldorf

+49 211 9337369 • regina.koehler@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Förderschule

Nicole Kaspar

Alfred-Herrhausen-Schule, Düsseldorf

+49 211 46872458 • nicolekaspar1@alice-dsl.net

Daniela Drecker

Franz-Marc-Schule, Düsseldorf

+49 211 69167622 • daniela.drecker.gew@gmx.de

Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Marei Heinke

Elly-Heuss-Knapp-Schule, Düsseldorf

+49 211 98592689 • marei.heinke@gew-nrw.de

Hauptpersonalrat Berufskolleg

Sebastian Krebs

Lore-Lorenz-BK, Düsseldorf

+49 211 9348888 • sebastian.krebs@gew-nrw.de

Uns stinkt's gewaltig.

Transparent bei der Protestaktion vor dem Rathaus zur Schulausschusssitzung am 23.5. Copyright Paulusschule.

